

„Stabilisierungs- und Kampfeinsatz“ nennt Verteidigungsminister Franz Josef Jung den Auftrag der Bundeswehr in Afghanistan.

Wir nennen es: Krieg!

Die Bundesregierung möchte den Krieg in Afghanistan aus dem Wahlkampf heraushalten.

Wir wollen, dass Sie bei Ihrer Entscheidung zur Bundestagswahl ein Ende des Krieges in Afghanistan bedenken.



Afghanistan-Krieg: Die Ablehnung wächst

Eine stetig wachsende Mehrheit der deutschen Bevölkerung will das Ende des Krieges am Hindukusch. Ungeachtet dessen haben Bundesregierung und das Gros der Parlamentarier acht Jahre lang den Einsatz der Bundeswehr immer wieder neu beschlossen und ausgeweitet.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wurde die deutsche Beteiligung am Krieg in Afghanistan mit dem NATO-„Bündnisfall“ begründet. Zuerst galt es, Bin Laden zu ergreifen, dann wechselte das Ziel zum Sturz der Taliban und schließlich zur „Stabilisierung“ des Regimes des vom Westen eingesetzten Präsidenten Karzai.

Nach acht Jahren Krieg wird Afghanistan mehr denn je von Anschlägen und Kampfhandlungen heimgesucht. Es herrschen Korruption, Rechtlosigkeit und Willkür.

Die Lage nach acht Jahren Krieg ist verheerend:

- » Unter den insgesamt 50.000 Opfern befinden sich zahlreiche getötete Zivilpersonen.
- » Mit 9.000 t Rohopium wird für 2009 ein Rekord bei der Drogenproduktion erwartet.
- » Acht Millionen Menschen leiden an Hunger und Unterernährung.
- » Die durchschnittliche Lebenserwartung ist mit 46 Jahren um 20 Jahre kürzer als die in den Nachbarstaaten.
- » Nur 25 Prozent der Bevölkerung haben Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Sicherheit, Wiederaufbau und Entwicklung lassen sich nicht durch einen „Krieg gegen den Terror“ erreichen. Im Gegenteil: Der Krieg selbst ist Terror.

Warum dieser Krieg?

Trotz Fehlens bedeutsamer eigener Rohstoffe ist Afghanistan von geostrategischem Interesse: Durch Afghanistan soll nach dem Willen der USA eine Öl-Pipeline aus den zentralasiatischen Republiken nach Süden bis zum Indischen Ozean geführt werden – um so zu verhindern, dass das Öl über Russland in den Westen gelangt. Daher ist die Kontrolle über Zentralasien ein wichtiger Teil der Beherrschung „Eurasiens“, in dem 80 Prozent des Erdöls und 75 Prozent des Erdgases lagern und zwei Drittel der Menschheit leben.



Der Krieg ist völkerrechtswidrig

Eine multinationale Koalition der Willigen unter Führung der USA intervenierte 2001 in Afghanistan mit der Operation Enduring Freedom (OEF – „Operation dauerhafte Freiheit“). Inzwischen ist die Kriegszone auf das angrenzende Pakistan ausgedehnt. Dieser Krieg verstößt gegen das Völkerrecht. Auch der von der UNO bewilligte ISAF-Einsatz, der unter der Regie der NATO stattfindet, destabilisiert die Lage in Afghanistan weiter.

Zivil und militärisch gehen nicht zusammen

Nun wird der Militäreinsatz häufig mit der Notwendigkeit zur humanitären Hilfe begründet. Humanitäre Hilfe beruht aber auf dem Prinzip der Neutralität. Die von der NATO und der Bundeswehr propagierte „zivil-militärische Zusammenarbeit“ widerspricht diesem Grundsatz.

In Afghanistan zeigen sich die negativen Konsequenzen des im ISAF-Mandat angelegten zivil-militärischen Ansatzes. Aufgrund der Unterordnung humanitärer und ziviler Organisationen unter das Militär erscheinen zivile Helfer als Teil der Besatzungsmacht.

Das hat Konsequenzen: Laut UN-Angaben wurden 2008 insgesamt 38 Mitarbeiter von Nicht-Regierungsorganisationen – mehr als doppelt so viele als im Vorjahr – getötet, 147 wurden entführt.

8 Jahre Krieg ... und kein Ende?

Jeder Forderung nach einem Abzug der ausländischen Truppen wird von Seiten der Bundesregierung entgegen gehalten, dies liefere Afghanistan endgültig dem Terrorismus aus. Chaos, Mord und Totschlag seien dann wieder auf der Tagesordnung.

Die Wahrheit ist: Schon heute wird gestorben, geraten Zivilpersonen ins Visier der NATO-Truppen und der Aufständischen.

Die Spirale der Gewalt muss durchbrochen werden! Experten sind sich darin einig, dass die Besatzungstruppen nicht die Lösung, sondern Teil des Problems sind.

Nun wissen auch wir, dass der Abzug der Truppen allein den Frieden nicht bringen wird. Er ist aber eine unabdingbare Voraussetzung für die Beendigung der bewaffneten Kämpfe und für eine friedlichere und selbstbestimmte Entwicklung in Afghanistan.

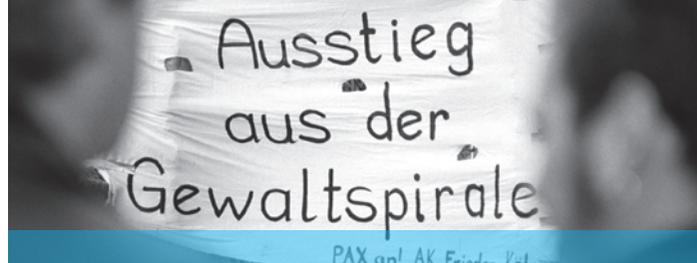
Um wirklich einen Beitrag zur sozialen, wirtschaftlichen und demokratischen Entwicklung des Landes zu leisten, muss der Rückzug des Militärs mit Angeboten zum zivilen Aufbau verbunden werden: dort wo es von den Menschen in Afghanistan gewünscht wird und wo es möglich ist.

Ein Bruchteil des Geldes, das für den Krieg verwendet wird (bisher allein von Deutschland 3 Mrd. Euro), würde ausreichen, um spürbare Verbesserungen für die Lage der Not leidenden Menschen zu erzielen.

Die Menschen in Afghanistan brauchen die Chance, selbst über ihr Schicksal zu entscheiden.

**Deswegen fordern wir
den Abzug
der Bundeswehr!**

Bitte überlegen Sie, Ihre Stimme bei der Bundestagswahl entsprechend zu nutzen.



Unterstützerkreis (Stand 18. 8. 09)

AG Frieden und Abrüstung der LINKEN in Hamburg • Attac-AG Globalisierung und Krieg • AWC Deutschland e.V. - Deutscher Zweig der Vereinigung der Weltbürgerinnen und Weltbürger • Berlin-gegen-Krieg.de • Peter Breitenstein, Sölden • Bremer Friedensforum • Bundesausschuss Friedensratschlag (BAF) • Deutscher Friedensrat e.V. • Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) • DFG-VK Gruppe Karlsruhe • DIE LINKE. Werra-Meißner • DKP Berlin • Dortmunder Friedensforum • Hartmut Dreier, Marl • Ulrich Farin, Bramsche • friedens- und flüchtlingsbegleitgruppe herford • Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. • Friedensbüro Göttingen • Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V. • harte zeiten – junge sozialisten und fachschaftsaktive an der Uni Hamburg • Helga und Hartwig Hohnsbein, Göttingen • IALANA – Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen • Info Nord-irland/Baskenland (Dr. Uschi Grandel) • Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW) • Kasseler Friedensforum • Kooperation für den Frieden • MC Brigadistas • Mönchengladbacher Friedensforum • Naturwissenschaftlerinitiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit • Netzwerk Friedenskooperative • Nürnberger Friedensforum • Nordbremer Bürger gegen Krieg • Ostermarsch Rhein Ruhr Komitee • Anne Rieger • Hans-Christof von Sponeck, Müllheim • United Nation Friedensfestival • Wendepunkt – Junge Sozialisten an der Uni Köln • ZAA- Zusammenarbeitsausschuss der Friedensbewegung Schleswig Holstein

V.i.S.d.P.: Peter Strutynski // Bundesausschuss Friedensratschlag
c/o DGB, Spohrstr. 6, 34117 Kassel
Susanne Grabenhorst // Kooperation für den Frieden
c/o Kooperation f. d. Frieden Römerstr. 88, 53111 Bonn

Spendenkonto: Friedens- und Zukunftswerkstatt ev.,
Kto-Nr. 2000 81 390 • Frankfurter Sparkasse 1822 • BLZ 500 502 01

Bestelladresse für den Flyer: Netzwerk Friedenskooperative,
Römerstr. 88, 53111 Bonn, Tel. 0228 / 69 29 04, Fax 0228 / 69 29 06
www.friedenskooperative.de/cgi-bin/bestell.pl?matnr51artnr=dd&bestaetigung=Produktinfo51#rubrik4

Kosten der Flyer: 1-50 á 0,20 EUR; 51-100 á 0,15 EUR;
101 - ... á 0,10 EUR zzgl Porto (nach Aufwand)

8 Jahre Krieg in Afghanistan

**Dem Frieden
eine Chance
Truppen raus
aus Afghanistan**



Gestaltung: kipconcept.de • Fotos: www.version-foto.de

Friedensbewegung zur Bundestagswahl